

Stellungnahme von Claudia Grönefeld, EU-Kandidatin für die FDP Münster:  
[groenefeld@fdp-ms.de](mailto:groenefeld@fdp-ms.de)

„Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gesellschaftlich gleichberechtigt sind, selbstbestimmt leben dürfen und vor jedweder Form von Gewalt geschützt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifizieren und dass alle Länder die Konvention umsetzen. Wir fordern, dass das Recht auf die gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa gewährleistet werden muss und dass die reproduktiven Rechte in allen Mitgliedstaaten geachtet werden müssen. Wir fordern, dass reproduktive Rechte wie Eizellspende und altruistische Leihmutterchaft, wenn sie in einem EU-Mitgliedstaat rechtmäßig in Anspruch genommen wurden, in anderen EU-Staaten geachtet werden und für deren Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht unter Strafe gestellt werden dürfen.

Wir fordern, dass innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaft mit allen Rechten und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Wir fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ unionsweit ungehindert und sicher stattfinden können. Einschränkungen, über das Leben von LSBTIQ sachlich aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Die „Verfolgung wegen sexueller Identität“ bleibt für uns ein Asylgrund in Europa. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierungen umfassen. Die Bürgerrechte von LSBTIQ müssen vollumfänglich geachtet werden. Bei Verstößen sind Mittel der EU an die betroffenen Länder einzufrieren.“